



16.4095

**Postulat Caroni Andrea.
Eine umfassende Strategie
für die politische Bildung
in der Schweiz****Postulat Caroni Andrea.
Stratégie globale
en matière d'éducation civique
en Suisse**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.03.17

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Caroni Andrea (RL, AR): Unsere Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger fähig und willens sind, sich an ihr zu beteiligen. Genau das ist ja das Ziel politischer Bildung, d. h., dass Menschen die Werkzeuge haben und dass in ihnen das Feuer geweckt wird, politisch mitzumachen.

Ein prägendes Beispiel aus meinem eigenen Leben war folgendes: Ich war als Jugendlicher politisch zunächst gar nicht interessiert, hatte dann aber mit 17 Jahren das Glück, eine Geschichtslehrerin zu erhalten, die mich dazu verknurrte, an der Debatte über die Beibehaltung oder Abschaffung der Landsgemeinde mitzumachen. Ich wollte das ursprünglich nicht tun, aber ich war dann doch auf diesem Schulpodium. Da wurde in mir ein erster Funke gezündet. Später hat die gleiche Geschichtslehrerin mit uns einen Ausflug in dieses Haus hier nach Bern unternommen, was das Feuer in mir definitiv entfacht hat, auch dass ich Otto Schoch selig traf. Ich wusste damals natürlich noch nicht, dass ich damit meinen späteren Vorvorgänger treffen würde.

Etwas allgemeiner gesprochen: Wir erwarten von unseren Stimmberechtigten, dass sie sich regelmässig mit hochkomplexen Vorlagen beschäftigen. Die Unternehmenssteuerreform III ist nur ein besonders abenteuerliches Beispiel dafür. Damit die Stimmbürger aber den Aufwand auf sich nehmen, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden, brauchen sie gerade in jungen Jahren die Inspiration und das Training. Sonst bleiben sie der Politik entweder fern oder müssen sich von Stimmungen oder Parolen leiten lassen, ohne die Vor- und Nachteile im Einzelnen abzuwägen.

Zum Glück geschieht punkto politischer Bildung schon sehr viel in diesem Land. Der Bundesrat hat davon auch in vielen Teilberichten schon einiges dargestellt. Sie selber sind auch Teil davon, namentlich mit all den Schulklassen, die Sie regelmässig empfangen.

Was aber bis heute fehlt – und das ist das, was ich mir hier wünsche –, ist eine Gesamtschau. Mit einem Bild gesprochen: Wir haben von der Landschaft der politischen Bildung bereits zahlreiche Teilausschnitte kartografiert, jedoch unvollständig, in verschiedenen Massstäben und auch ohne Verbindung. Das Postulat fordert nun einzig auf Basis dieser Vorarbeiten eine "topografische Landeskarte". Der grösste Teil der Arbeit ist gemacht, das ist also keine abenteuerliche und aufwendige Entdeckungsreise ins Unbekannte. Ich kann daher das einzige Argument in der bundesrätlichen Stellungnahme, nämlich die Kosten eines solchen Berichtes, nicht so ganz nachvollziehen. Der Bundesrat selber zeichnet in seiner Stellungnahme auch in wenigen Zeilen schon ein Kroki dieser Landeskarte auf. Dieses Kostenargument ist meines Erachtens, Sie erlauben mir den Hinweis, Herr Bundesrat, nun schon wieder ein Fall, in dem das vorhin erwähnte Makro griff und dieser Textbaustein hineinrutschte. Es bedürfte nämlich sehr wenig Aufwand, um die vorhandenen Teilkarten zu einem Gesamtbild zusammenzusetzen.

Ich glaube aber, der Wert wäre gross, denn wir hätten erstmals eine Gesamtschau und würden Schnittstellen, Doppelspurigkeiten und allfälligen Handlungsbedarf sehen. Welche Schlussfolgerungen man dann daraus ziehen will, das wird sich zeigen – da bin ich offen –; das Postulat ist bewusst ergebnisoffen formuliert. Meiner Ansicht nach sollten die bewährten Akteure – Bund, Kantone, Private – ihre Rollen grundsätzlich behalten,





aber die Rolle des Landeskartografen, nur die, muss der Bund übernehmen, wie er es bei der eigentlichen topografischen Landeskarte ja auch macht. Viel mehr verlangt dieses Postulat nicht von ihm.

Ich bitte Sie also, dieses Postulat anzunehmen, damit wir so diesen schlanken, kostengünstigen, Herr Bundesrat, aber wertvollen Bericht zu dieser grundlegenden Frage erhalten.

Stöckli Hans (S, BE): Ich unterstütze das Postulat Caroni. Als die "Neue Helvetische Gesellschaft – Treffpunkt Schweiz" ihr Jubiläum feiern wollte, haben wir uns lange überlegt, welches Thema wir in den Mittelpunkt stellen sollten. Wir hatten verschiedene Möglichkeiten zur Auswahl und sind dann, Herr Bundesrat, zum Schluss gekommen, dass die politische Bildung eine der zentralen Aufgaben sei, welche heute vernachlässigt werde. Wir haben uns dann intensiv mit der aktuellen Situation auseinandergesetzt und haben festgestellt, dass einiges geht. Sie haben das in der Stellungnahme auch aufgelistet. Vieles wird aber noch ungenügend gefördert und unterstützt. Es sind viele Lücken vorhanden. Demokratie fällt nicht vom Himmel; sie muss erarbeitet, sie muss erstritten werden. Da braucht es eben auch die Unterstützung der öffentlichen Hand.

Vielleicht können Sie sich noch erinnern: Genau vor zwei Jahren haben wir hier im Rat eine Charta für Demokratie unterzeichnet. 35 Kolleginnen und Kollegen haben damals diese Charta unterzeichnet, welche dazu dienen sollte, den Campus Demokratie zu lancieren. Ich bin stolz, heute sagen zu können, dass die Stiftung Dialog zusammen mit der "Neuen Helvetischen Gesellschaft – Treffpunkt Schweiz" diesen Campus errichtet hat und dass seit wenigen Tagen auch die Organe bestimmt sind und die Geschäftsleitung ihre Arbeit aufgenommen hat. Genau solche Institutionen braucht unser Land. Herr Bundesrat, Sie schreiben hier, der Bund tue schon einiges. Es sind aber auch Entwicklungen festgestellt worden wie zum Beispiel beim Polit-Forum Käfigturm, die den Glauben etwas reduzieren, dass der Bund tatsächlich im Bewusstsein der Bedeutung dieser Aufgabe handelt.

Wichtig ist auch die Tatsache, dass viele Menschen, die ihre politischen Rechte zum ersten Mal wahrnehmen, nicht von einem Familientisch profitieren konnten. Das heisst, die Demokratie wurde gerade bei Leuten, die eingebürgert worden sind, bei Leuten, die bei uns integriert werden sollten, nicht am Mittagstisch geübt und gepflegt. Diese Lücken, diese Aufgaben sind zu übernehmen. Deshalb würde eine solche Bund, Kantone und Kommunen berücksichtigende Gesamtschau aufzeigen, wo wir schon gute Arbeit leisten und wo Lücken sind, damit wir diese füllen können. Unsere direkte Demokratie setzt mündige Bürgerinnen und Bürger voraus, und die Mündigkeit wird nicht alleine durch die biologische Entwicklung erreicht.

AB 2017 S 96 / BO 2017 E 96

Müller Damian (RL, LU): Das Funktionieren der direkten Demokratie ist auf eine solide, aber auch auf eine breite politische Bildung angewiesen. Die politische Bildung der Bevölkerung fördert das Interesse, aber auch die Partizipation an der Politik. Auch trägt die politische Bildung zu tragfähigen und fundierten Abstimmungs- und Wahlentscheidungen des Volkes bei. Die politische Bildung ist eine weitere Voraussetzung für eine differenzierte Meinungsbildung, denn sie ermöglicht die Einordnung politischer Inhalte und deren kritische Hinterfragung. Gerade in Zeiten des Populismus, in denen die Politik allzu oft wenig differenziert wahrgenommen wird und stattdessen schwarz-weiß gemalt wird, hilft die politische Bildung, der Manipulation des Stimmbürgers vorzubeugen.

Ich begrüsse und unterstütze daher das Postulat Caroni und befürworte ein verstärktes Engagement des Bundes in diesem Bereich. Die politische Bildung und der Service public in Radio und Fernsehen begünstigen und ergänzen sich gegenseitig. Beides zu stärken scheint mir aus staatspolitischen Überlegungen angebracht. Eine fundierte Strategie zur politischen Bildung würde es erlauben, Schwachpunkte zu identifizieren und neue, innovative Lösungsansätze auszuarbeiten. Dabei soll es meines Erachtens auch darum gehen, unser politisches System und unsere Institutionen attraktiver zu vermitteln, um bei möglichst vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Neugier, aber auch die Faszination daran zu wecken und zu steigern.

In etlichen Kantonsparlamenten, aber auch auf Bundesebene haben wir schon Vorstösse in diese Richtung bekommen und eingereicht gekriegt. Die Antwort war immer dieselbe: Man hat bis dato nichts gemacht. Ich bin der Auffassung, insbesondere wenn wir eine fundierte, strategische Auslegeordnung haben, wissen wir, wo wir den Hebel ansetzen müssen, damit wir uns verbessern können und so auch in Zukunft effizient sind, indem wir auf solche Vorstösse verzichten können.

Ich bitte also den Bundesrat, hier einzulenken, und gleichzeitig, im Interesse der Qualität unserer direkten Demokratie, bitte ich auch Sie, dieses Postulat anzunehmen, damit wir endlich eine Basis haben, von der aus wir vorwärtsarbeiten können.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Die Botschaft hör ich wohl – Sie müssen mir dann einfach die



Mittel geben! Dem Bundesrat sind die politische Partizipation der Bevölkerung und die entsprechende Bildung natürlich sehr wichtig. Da haben wir absolut keine Differenz. Die politische Bildung ist für unser Verständnis auch schulisch in den Lehrplänen und über die Massnahmen, die der Sensibilisierung dienen, und vor allem auf der Stufe Lehrpersonen gut verankert. Es gibt Analysen und Berichte noch und nöcher. Der Bund und die Kantone setzen sich gemeinsam für eine Weiterentwicklung der politischen Bildung ein, also Bund und Kantone. Das funktioniert nämlich gut. Und die politische Bildung im ausserschulischen Rahmen wird vom Bund expressis verbis auch unterstützt. Ich erinnere an die Jugendsession, ich erinnere an Easyvote, ich erinnere an Gratisbroschüren, etwa "Der Bund kurz erklärt".

Die politische Erwachsenenbildung ist Weiterbildung, und diese nonformale Bildung liegt gemäss Weiterbildungsgesetz in der Eigenverantwortung der Individuen. Wenn ich jetzt weiterfahre, bekomme ich natürlich je länger, desto mehr den Vorwurf zu hören, der Bund wolle einfach nicht. Der Bundesrat will schon. Er macht Ihnen schon einen Bericht, und er etabliert schon eine Strategie. Helfen Sie mit, dass das Papier, das wir dann erstellen, aktualisiert behalten werden kann! Es kann nämlich nicht sein, dass der Bericht, wenn er erstellt ist, schon halb veraltet ist. Wir machen Berichte. Wir machen im Vierjahresrhythmus Berichte, wir machen Bildungsberichte, die die Situation sehr, sehr detailliert aufzeigen. Ich bin nicht ganz sicher, ob wir Kenntnis haben über den Gesamtumfang der Informationen, die zur Verfügung stehen.

Geben Sie mir diesen Auftrag! Ich erwarte nichts anderes. Wir werden miteinander ein Einstiegsseminar machen, damit Sie sehen, was vorhanden ist, und dann definieren wir, was noch nötig ist. Ich brauche die Kapazitäten – ich muss Ihnen das sagen dürfen –, um die Aufträge umzusetzen, die uns auch gegeben sind. Wir können einfach nicht die besten Leute durchs Schreiben von Berichten absorbiert haben. Das ist etwas unser Schicksal. Deshalb tönt das bei Kolleginnen und Kollegen ähnlich.

Der langen Rede kurzer Sinn: Ich stelle keine Differenz fest in der Zielsetzung. Ich stelle einzig fest, dass wir etwas überfordert sind, wenn wir uns zu oft im Verfassen einer strategischen Auslegeordnung üben sollen.

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Postulates ... 31 Stimmen

Dagegen ... 6 Stimmen

(2 Enthaltungen)